

Quelle: NZZ vom 11.4.2018

«Wenn die engagierten Leute fehlen, wird es teuer»

Der Präsident des Gemeindepräsidentenverbands, Jörg Kündig, sagt, wie man dem Kandidatenschwund entgegenwirken soll

Jörg Kündig, Sie haben im Herbst im «Zürcher Oberländer» vor dem Mangel an Behördenmitgliedern gewarnt. Auf die Wahlen hin haben sich an den meisten Orten Kandidaten gefunden. Haben Sie übertrieben?

Es war gerade mein Ziel, die Leute ein wenig aufzuschrecken. Das hatte den erhofften Effekt und hat, unter anderem, möglicherweise dazu geführt, dass nun genügend Leute zur Verfügung stehen. Es wäre aber falsch anzunehmen, alles sei in Ordnung. Es handelt sich um einen schwelenden Prozess, der sich auswirkt – aber langfristig.

Was ist für Sie die Ursache des Kandidatenmangels?

Die Individualisierung. Sich für das übergeordnete, gemeinsame Interesse einzusetzen, hat an Wert verloren. Die Belastung im Beruf ist zudem deutlich grösser als früher, gerade für Kadermitarbeiter – jene Leute, die man gerne in einer Exekutive sieht. Und die Work-Life-Balance hat heute einen höheren Stellenwert.

Teilen Sie die Einschätzung, wonach das Verständnis auch bei den Firmen abgenommen hat?

Es gibt positive Beispiele, wie die ZKB oder die Swisslife. Aber leider vermitteln viele Firmen den Eindruck, das Engagement sei nicht gewünscht. Das Verständnis für Abwesenheiten ist klein. Und wenn sich jemand bewirbt, gilt ein Engagement in einer Behörde zu wenig als Referenz oder Zusatzqualifikation.

Wie kann man dem entgegenwirken?

Denkbar wäre, dass die Arbeitgeber aus einem Topf für Abwesenheiten von Mitarbeitern entschädigt werden – analog dem Erwerbsersatz für den Militärdienst. Das kostet allerdings.

Ist ein Amt überhaupt noch attraktiv?

Die Aufgabe ist komplizierter geworden, der Umgangston rauer, aber die Aufgabe ist unverändert attraktiv. Wichtig ist, dass das Tagesgeschäft klar bei der Verwaltung liegt. Ein Exekutivpolitiker sollte die Rolle eines VR-Präsidenten einnehmen und nicht jene des CEO.

Schaffen höhere Entschädigungen -Abhilfe?

Bis zu einem gewissen Grad. Die Frage ist, ob sie mehrheitsfähig sind. Es gäbe andere Wege. Beispielsweise liessen sich junge Leute motivieren, indem sie sich ein Behördenengagement in ihrem Studium in Form von Punkten anrechnen lassen könnten. Man lernt in einem Amt einiges in Führungsfragen, politischer Organisation, Mediation.

Im Kanton St. Gallen sind die meisten Gemeindepräsidenten festangestellt. Was halten Sie von diesem Modell?

Ich persönlich sehe Fragezeichen bei der Unabhängigkeit, vor allem in der Aussenwirkung. Stünde beispielsweise eine Auseinandersetzung mit dem Kanton an, hiesse es über den Gemeindepräsidenten in der Bevölkerung rasch, er sei beim Staat angestellt. Das würde ich nicht wollen. Aber es ist schon ein Szenario, das auch im Kanton Zürich nicht unvorstellbar ist.

Rückt man vom freiwilligen Engagement ab, führt das zwangsläufig zu mehr Aufgaben für die öffentliche Hand. Stört Sie das als Liberaler nicht?

Es wäre Augenwischerei, zu sagen, man könne heute Gemeinderat sein, in zahlreichen Gremien aktiv sein und nebenbei einem geregelten Job nachgehen. Man muss die Engagierten unterstützen und die richtigen Anreize setzen. Wenn diese Leute irgendwann fehlen, wird es für den Staat teuer – definitiv teurer als heute.

Interview: Michael von Ledebur